

93A26

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Jannes Hagemeier; Magnus Erdmann; Elias Görth; Aisha Badjie; Rasmus Wendt (SV-RBZ am Königsweg; Stellv. Landesschülersprecher; Landesschülersprecher; Stellv Landesschülersprecher; SV-RBZ Eckener Schule)

Titel: **Aufklärung statt Verarmlosung:
Antifaschismus ins Curriculum**

Antragstext

1 Das LSP möge beschließen:

2
3 „Antifaschistische Bildung soll verpflichtender Bestandteil des Unterrichts an
4 allen Berufsschulen in Schleswig-Holstein werden. Dies umfasst mindestens ein
5 Schulprojekt pro Jahrgang zu Faschismustheorie, NS-Geschichte, aktuellen rechten
6 Strukturen sowie zivilgesellschaftlichem Widerstand. Die Umsetzung erfolgt im
7 Rahmen des Politik-, Geschichte- oder Deutschunterrichts.“

Begründung

*Rechter Terror, autoritäre Ideologien und Faschismus sind keine Phänomene der Vergangenheit.
Schüler*innen erleben heute wieder rechte Angriffe, Antisemitismus und Nationalismus – online wie offline.
Die Schule hat den Auftrag, Demokratie zu schützen. Dazu braucht es Bildung, die klar benennt: Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen. Antifaschistische Bildung ist Demokratiebildung.*